

Argumentarium Initiative „Ja! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse!“

Antworten zu den häufigsten Einwänden und Fragen

Ist das eine Initiative für die Finanzierung von Privatschulen?

Wir wollen, dass Eltern innerhalb der staatlichen Schulen wählen können. Das betrifft die grösste Zahl von Kindern.

Ausserdem wollen wir auch, dass bestimmte private Schulen finanziert werden. Das betrifft nur einen Teil der privaten Schulen, weil wir Bedingungen stellen: Es werden nur solche private Schulen finanziert, die alle Kinder aufnehmen wie die staatlichen Schulen und es werden nur Schulen finanziert, die nicht noch zusätzlich Schulgeld verlangen. Dann können sich alle Familien auch eine solche private Schule leisten, die wir **Freie Schule** nennen. Die finanzierten privaten Schulen müssen mit dem gleichen Geld wie die staatlichen Schulen auskommen. Dann haben die staatlichen und die Freien Schulen die gleichen Bedingungen und ergänzen sich im Angebot.

Welche privaten Schulen als Freie Schulen anerkannt und finanziert werden, muss der Kanton bestimmen. Es ist auch jetzt noch nicht klar, welche privaten Schulen bei diesem System mitmachen.

Freie Schulwahl führt zu einer Zweiklassengesellschaft

Eine Zweiklassengesellschaft haben wir heute: Wohlhabendere Eltern können ihre Schule wählen (Umzug in ein besseres Quartier oder indem sie ihr Kind in eine Privatschule schicken)

Weniger gut gestellt Eltern können heute keine Schule wählen. Sie können nur einen Antrag stellen und sind dann von den Behörden abhängig. Mit der Initiative erhalten alle Schichten der Bevölkerung ab der 4. Klasse die Möglichkeit der freien Schulwahl.

Mit freier Schulwahl entstehen Ghettoschulen

Ghettoschulen mit bis zu 100% MigrantInnenanteil haben wir jetzt. Auf der anderen Seite haben wir Schulen z.B. am Zürichberg oder in Goldküstengemeinden, die fast keine ausländische Kinder unterrichten. Wie gut eine Schule durchmischt ist, hängt im Wesentlichen von der Durchmischung der Bevölkerung in ihrer Umgebung ab. Die freie Schulwahl ermöglicht auch Einkommensschwächeren eine Schule zu wählen, wodurch alle Schulen durchmischt sein können. Für eine bessere Durchmischung ist aber vor allem die Stadt- und Quartierplanung gefordert.

Chancengleichheit ist nur in Staatsschulen gewährleistet

Laut Bildungsforschung zählt ausgerechnet die Schweiz mit seinem staatlichen Schulmonopol zu den OECD-Ländern mit der grössten Chancenungleichheit, d. h. der grössten Abhängigkeit schulischer Leistungen von der Herkunft der Eltern. Gerade in Ländern mit freier Schulwahl sind die Bildungschancen von Kindern bildungsferner Schichten deutlich höher als in der Schweiz. In Holland z.B. erreichen 15% der Migrantenkinder einen höheren Schulabschluss, in der Schweiz nur 3%.

Eltern sind nicht fähig zu wählen

Gegenfrage: Welche Schule haben denn diese Eltern besucht, in der sie nicht zu urteilsfähigen, mündigen Bürgern gebildet worden sind? Solche Schulen sollten schleunigst durch bessere Schulen ersetzt werden! Wir sind ein Wählervolk und können viermal im Jahr zu komplizierten Sachfragen abstimmen. Wir können unseren Partner, den Arzt, das Spital, die Religion und vieles mehr wählen. Warum stellt man Eltern ausgerechnet im Bildungswesen als unmündig hin?

Die freie Schulwahl überfordert Eltern aus andern Kulturkreisen – grosser Werbeaufwand

Normalerweise passt man sich im Leben auch nicht denjenigen an, die etwas nicht können, sondern zeigt ihnen, wie es geht. Mit den heutigen Informationsmöglichkeiten im Web können die verschiedenen Schulmodelle mit ihrem Leitbild günstig publik gemacht werden. Zudem ist die Mund-zu-Mund Propaganda die beste und billigste Werbung und funktioniert gerade bei MigrantInnen hervorragend. Fa-

milien aus anderen Kulturkreisen können je nachdem mit unserem Schulsystem weniger gut umgehen und müssen entsprechend bei ihren Bedürfnissen abgeholt werden. Es ist aber eine Unterstellung zu meinen, dass MigrantInnen weniger an einem guten schulischen Werdegang ihrer Kinder interessiert oder nicht wahlfähig wären.

Eine Wahl in kleinen Gemeinden ist nicht möglich

Einwohner aus ländlichen Gebieten haben in ihrem Dorf auch nicht die Auswahl zwischen zum Beispiel fünf verschiedenen Ärzten. Niemand will deshalb die freie Arztwahl in kleinen Gemeinden abschaffen. Einwohner auf dem Land nehmen Einschränkungen in verschiedenen Bereichen in Kauf, weil für sie andere Vorteile wichtiger sind.

Eltern in kleinen Gemeinden, die keine Dorfschule mehr haben, sind froh, wenn sie selber wählen können, in welches andere Dorf ihr Kind zur Schule gehen soll. Alternative Schulen könnten bei freier Schulwahl vor allem in regionalen Zentren entstehen, welche mit den ÖV gut erreichbar sind. Diese könnten auch von SchülerInnen anderer kleinerer Gemeinden besucht werden.

Gefahr der Schliessung kleiner Dorfschulen infolge Privatschulbesuch

Mit der freien Schulwahl können bedrohte Dorfschulen, die der staatliche Verwaltungsapparat schliessen will, gerettet werden. Die Gemeinde oder die Eltern könnten mit der vorgesehenen Pro-Kind-Pauschale die von der Schliessung bedrohte Dorfschule als Verein oder Stiftung in Eigenverantwortung weiterführen. Mehr noch: Mit einem attraktiven Schulkonzept könnten diese Schulen auswärtige Schüler anziehen und damit der sinkenden Schülerzahl entgegenwirken. In Deutschland und Dänemark konnten so durch initiative Eltern viele Dorfschulen gerettet werden.

Beispiel ist die Gemeinde Dättlikon bei Winterthur: Hier ist die Primarschule, die fast schliessen musste, weil ihr eine private Schule Konkurrenz machte, inzwischen mit Tagessschulstrukturen und anderen Angeboten so attraktiv geworden, dass sie wieder mehr als genügend Kinder hat!

Unsere (staatlichen) Schulen sind doch gut!

Es gibt viele gute Schulen. Aber eine Schule, die gut ist für alle Kinder, gibt es nicht. Um jedem Kind eine seinem Potenzial entsprechende Bildung zu ermöglichen, braucht es eine Vielfalt von Schulen mit unterschiedlichen Profilen und die Wahl derjenigen Schule, welche dem Kinde am besten entspricht.

Ausserdem wollen wir Eltern ein Schulsystem, das folgende Symptome zeigt, kritisch hinterfragen
- mehr als die Hälfte der Kinder brauchen sonderschulpädagogische Massnahmen (Remo Largo spricht von 60%)

- jedes Jahr nimmt die Zahl an Kindern, die Ritalin erhalten, um 500%(!) zu
- 10% der Kinder erhalten psychiatrische Behandlungen
- es gibt zunehmend Kinder, die die Schule verweigern
- Jeder 5. Schulabgänger ist nicht in der Lage, einen einfachen Text zu verstehen.

Wir machen diese Initiative auch nicht für die Kinder, denen es im heutigen Schulsystem zum Glück gut geht. Diesen Kindern wird es auch mit der Schulwahlfreiheit gut gehen. Wir engagieren uns für die Kinder, die heute nicht bedürfnisgerecht geschult werden und darunter leiden.

Nimmt den Staatsschulen Geld weg

Bis jetzt haben die Staatsschulen das ganze Geld für sich in Anspruch genommen und so ihr Monopol gefestigt. Jahrzehntlang profitierten sie von Eltern, die ihr Kind an eine Privatschule schickten und so mit ihren Steuern und dem zusätzlichen Schulgeld doppelt für Bildung bezahlt haben. Jedes Kind hat Anrecht auf unentgeltlichen Schulbesuch. Die Trägerschaft der Schule ist den Eltern aber vor allem dem Kind egal, Hauptsache ist, das Kind wird optimal nach seinen Fähigkeiten gebildet.

Unruhe, unplanbar, Chaos

Weder in Schweden noch in Finnland ist 1991 mit der Einführung der freien Schulwahl Chaos entstanden. Entstanden sind Qualitätssteigerung und mehr Chancengerechtigkeit für Kinder. Die meisten Eltern wählen weiterhin das nächstgelegene Schulhaus und es ist kein Schultourismus entstanden. Es müssen je nachdem nur die Anmeldebedingungen und -Fristen angepasst werden. Was andere Länder organisatorisch schaffen, schaffen auch wir Schweizer.

Schlecht für die laufenden Schulreformen

Die Initiative berührt die Schulreformen nicht. Mit der freien Schulwahl können Eltern ein HarmoS Modell, eine Gesamtschule oder ein anderes pädagogisches Modell wählen. Hauptsache ist, sie werden nicht in ein Schulmodell zwangseingewiesen. Nur wenn sie freiwillig ein Modell wählen, stehen sie auch voll dahinter - davon profitiert die Schule aber vor allem das Kind.

Ist zu teuer

Das jetzige Bildungswesen wird jedes Jahr teurer, die Chancengerechtigkeit und Durchmischung aber immer schlechter. Die laufend neuen und teuren Reformen und Studien des Verwaltungsapparates verschlingen Millionen. Das Geld kommt aber nicht bei den Schulen an, sondern versickert in der Bildungsbürokratie. Mit unserer Initiative wollen wir den Schulen mehr Autonomie geben und Bildungsbürokratie abbauen. Die Investition von ein paar Millionen in die Schulwahlfreiheit ist eine gute Investition.

Wenn jedes Kind Zugang zu jener Schule hat, die optimal zu seinen Fähigkeiten passt, können ausserdem Therapien eingespart werden. Die Kosten der sonderschulpädagogischen Massnahmen im Kanton Zürich betragen jedes Jahr eine halbe Milliarde (!) Franken. Das ganze Bildungswesen kann mit dem pädagogischen Wettbewerb besser und billiger werden, s. empirische Studie der OECD (2007) mit 180 000 Schülerdaten in 27 Ländern: **Freie Schulwahl, mehr Autonomie der Einzelschule und externe Prüfungen führen zu einem effizienteren und besseren Bildungswesen mit mehr Chancengerechtigkeit.**

Schlecht für Wirtschaft, weil neue Anbieter kommen und die Abschlüsse nicht vergleichbar sind

Heute sind die Zeugnisse von Schulabgängern für die Wirtschaft zuwenig vergleichbar und aussagekräftig. Die meisten Betriebe müssen deshalb eigene Test für die Qualifikation der SchülerInnen durchführen.

Die Behörden müssen bei der Erteilung der Bewilligung für eine Schule dafür sorgen, dass die Abschlüsse vergleichbar und anerkannt sind.

Kantone mit einem vielfältigen Bildungsangebot sind attraktiv als Wirtschaftsstandort. Eine Weltfirma hat ihren Firmensitz wegen der Bildungsvielfalt in Genf eröffnet.